



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Menenius: SHS

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## S H S



nter der äußerlich so schön abgerundeten Formel S H S (Kraljevstvo Srba, Hrvatata i Slovenanža (Königreich der Serben, Kroaten, Slowenen) bergen sich zwei Tendenzen, zwei Religionen, zwei Staatswillen: die der Kroaten und die der Serben. Die Serben sind Monarchisten, die Kroaten Republikaner, die Serben orthodox, die Kroaten römisch-katholisch, die Serben wollen Großserbien, den großen, unabhängigen, ausschlaggebenden Balkanstaat, die Kroaten wollten ursprünglich bekanntlich gar nicht aus dem Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie heraus, für die sie ja auch, zum Unterschied von den Tschecho-Slowaken, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, mannhaft und tapfer gestritten haben, streben vielmehr lediglich an, als drittes gleichberechtigtes Glied neben Österreich und Ungarn zu treten. Daß dieses Streben berechtigt war, hat schon 1848 Cavour anerkannt, daß die großserbischen Bestrebungen vom serbischen Standpunkt ein hohes und edles Ideal bilden, wird kein Verständiger bestreiten können, daß beide Tendenzen der in vielen Dingen nahe verwandten Völker in der Not der Zeit zusammenfloßen, wird niemanden wundernehmen, ebensowenig aber, daß nach, man kann auch sagen, infolge dieser Vereintigung sich sogleich Trennendes bemerkbar machte. Die Kroaten wollten innerhalb Österreichs Autonomie, sie wollen sie auch jetzt innerhalb Groß-Serbiens. Sie fühlen sich kulturell den Serben überlegen und sind keineswegs damit zufrieden, die österreichisch-ungarische Herrschaft aufgegeben zu haben, um sie mit einer serbischen zu vertauschen. Auch in Serbien hat es, bevor die von Rußland protegierten Karageorgewitsch 1903 die austrophilen Obrenowitsch mit Gewalt verdrängten, eine Strömung für den Anschluß an den großen österreichisch-ungarischen Staatsverband gegeben, um gemeinsam mit den Kroaten den dritten großen Pfeiler des Donaureiches zu bilden, eine Kombination, die vielleicht dem rein deutschen Element der Donaumonarchie nachteilig, an sich jedoch durchaus denkbar gewesen wäre. Die Geschichte hat anders, hat für ein selbständiges Serbien entschieden, aber bei den Kroaten ist die Föderatividee lebendig geblieben und wird jetzt von den Anhängern der Zentralstaatsidee als Hemmung empfunden.

Als am 7./20. Juli 1917 der Vertreter des Londoner Südslawenkomitees mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pašitsch den Pakt von Korfu abschloß, ließ man sich im wesentlichen von dem Gedanken Einheit macht stark leiten und machte sich darüber, wie diese Einheit im einzelnen aussehen würde, noch keine Gedanken, zumal ein Volksvotum von seiten der Kroaten damals ja noch nicht möglich war. Das wichtigste war eben, daß überhaupt ein Ziel aufgestellt wurde. Jetzt aber, da man von seiten der Serben energisch an die Verwirklichung der Zentralidee geht, machen sich alle Mißlichkeiten, die jede ungewohnte Zentralisierung mit sich bringt, unvermeidlich geltend. Es ist klar, daß die Serben nach so vielem Erdulden darauf brennen, das Ideal, für das sie gekämpft und gelitten haben, möglichst rasch verwirklicht sehen wollen, klar, daß es dabei ohne Gewalttaten nicht abgehen kann. Die Regierung Protitsch-Pribitschewitsch ging rücksichtslos ihrem Ziele nach. Alle Abmachungen und Pakte, die beim Umsturz vom Agrarminister beschloßen worden waren: bis zur Einberufung der Konstituante keine Grundgesetze abzuändern oder neu zu schaffen, keine wirtschaftlich oder sozial bedeutsamen Fragen endgültig zu regeln, endlich, die Wahlen innerhalb des ersten Halbjahres durchzuführen, wurden über den Haufen geworfen. Im Verordnungswege, seltener durch das

Botum der ernannten, nicht gewählten, Volksvertretung, dehnte diese Regierung die Gesetze des Königreichs Serbien auf alle übrigen Gebiete des Südslawenstaates aus, ohne Rücksicht darauf, ob sie den einzelnen Teilländern entsprachen oder nicht. Sie löste soziale und wirtschaftliche Fragen, ohne Sachleute und Interessenten anzuhören. Es ist klar, daß dieses Vorgehen das einfachste und schnellste war, aber die Probleme des neuen Staates sind viel zu mannigfaltig, als daß durch allzu schnelles Vorgehen nicht große Verwirrung entstanden wäre. Man braucht nur an die Valutafrage oder das Zollproblem zu denken, man braucht sich nur klar zu machen, was es heißt, Gebiete, die siebenerei verschiedenes Regime hatten (Österreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien, Serbien, Montenegro, Albanien) in einem halben Jahr unter einen Hut zu bringen, und man bekommt eine Ahnung von den Schwierigkeiten, die sich ergeben müssen. Dazu kommt die Verschiedenheit der Wirtschaftsstruktur und Tendenzen. Ein Teil des neuen Reiches gravitiert nach der Donau, ein anderer zur Adria, ein dritter nach Saloniki, die mohamedanischen Großgrundbesitzer Bosniens sehen die serbische Kleinbauernwirtschaft scheel an, die Küstenstriche stehen im Gegensatz zu Italien, Nordserbien wegen des Banats zu Rumänien, die Besetzung der Bischofsstellen hat erst kürzlich zur Demission Protitschs geführt, Kroatien ist ungarischer Regungen verdächtig, kurz, eine Regierung hat alle Hände voll zu tun.

Das Regime des Ministers des Innern Pribitschewitsch wird als überaus scharf geschildert. Jede Regung der Kritik wird mit eiserner Faust niedergehalten. Die Zensur wütet, die Polizei ist eifrig hinter „Hochverrätern“ her, die Gefängnisse sind überfüllt von Unzufriedenen, ehemaligen österreichisch-ungarischen Offizieren und solchen, die einem König nicht schwören wollen, der sich zwar „nach dem Willen des Volkes“ nennt, aber nicht ist. Die Königsfrage ist von Pribitschewitsch ein für alle mal für indiskutabel erklärt worden. Eine Reihe von Gemeindevertretungen in Kroatien, Dalmatien und Slawonien, die den Eid nicht schwören wollten, wurden aufgelöst oder verhaftet. Zeitschriften und Zeitungen werden verboten, gewaltsame Eintreibung von militärischerseits verhängten Geldstrafen, Prügel und Drangsalierungen der Bevölkerung sind an der Tagesordnung.

Ob ein derartiges Vorgehen auf die Dauer Erfolg haben wird, kann von weitem natürlich nicht beurteilt werden, nach allem, was man über den kroatischen Volkscharakter weiß, ist es nicht wahrscheinlich. Die Seele des Widerstandes ist die seit 1904 bestehende kroatische Bauernpartei, die bereits im Februar ein Protesttelegramm an Wilson sandte, auf ihrer Tagung am 8. März aber erklärte, daß sie weder das Königtum noch den Nationalrat anerkenne, der ohne Ermächtigung des kroatischen Volkes zustande gekommen sei, und nachdrücklich gegen die Verschleuderung ihres Staatsgeldes, gegen die Zwangsaushebung, die Verhaftungen und gegen die Unterdrückung ihrer Zeitung „Dom“ protestierte und die Einsetzung einer unabhängigen Republik verlangte. Die Folge war, daß die drei Parteiführer Joseph Pazman, der Advokat Prebig und der rasch populär gewordene Stephan Raditsch trotz parlamentarischer Immunität verhaftet wurden, was übrigens wenigstens Raditsch nicht verhindert hat, weitere Protesttelegramme in die Welt zu senden. Der Widerstand gegen die serbische Gewaltherrschaft würde noch stärker sein, wenn die westlichen Gebiete und namentlich Dalmatien nicht aus Furcht vor den Italienern zum Ganzen ständen. In Belgrad behauptet man denn auch, daß hinter der Bauernpartei die Italiener stehen, was wenig wahrscheinlich ist, weniger weil die Bauernpartei auch gegen Italiens Wünsche auf Dalmatien protestiert hat, als weil Italien unzweifelhaft

mehr Interesse an einem schwachen, unterdrückten, als einem föderativ starken Kroatien hat, dem gegenüber ein zentralisiertes Serbien die geringere Gefahr bieten dürfte, da Zentralisierung auf dem Balkan noch lange nicht daselbe bedeuten würde, wie etwa in Deutschland oder Frankreich. Dagegen ist es recht wohl möglich, daß die in Intrigen gegenwärtig sehr fruchtbaren Italiener bei den sommerlichen Soldatenunruhen in Marburg (wo zur Niederwerfung der Meuterer immerhin Artillerie herbeigeführt werden mußte), Vardzin, Agram, Esseg usw. ihre Hand im Spiele gehabt haben, allerdings scheint es sich dabei mehr um Bolschewismus denn um Äußerungen kroatischer Sonderbestrebungen gehandelt zu haben. Auch die Arbeiter haben gelegentlich demonstriert, z. B. als am 28. April der serbische Ministerrat Maisfeier und Kundgebungen untersagte. Darauf kam es am 30. April in Agram zum Generalstreik, was um so peinlicher empfunden wurde, als gerade an diesem Tage die sterblichen Überreste der aus Wiener-Neustadt heimgeführten nationalen Märtyrer Priny und Franpopan feierlich zu Grabe getragen werden sollten. Die Stimmung war derart erregt, daß der Prinzregent Alexander, der sein Erscheinen zugesagt hatte, es vorzog, in Belgrad zu bleiben, doch ist kein Zwischenfall gemeldet worden.

Auch in Bosnien, Dalmatien und in der Herzegowina sind Strömungen bemerkbar, die auf ein Föderativsystem des südslawischen Staates ausgehen, während andererseits die Slowenen unter ihrem Führer Korosec, der bezeichnenderweise in Agram eine bedeutende Rolle spielte, weil sich Serben und Kroaten das Regiment gegenseitig nicht gönnen wollen, aus Furcht vor Italien dem großserbischen Programm zuneigen. Dagegen bildet Montenegro einen Herd dauernder Unruhen. Der Montenegriner ist unabhängig und freiheitsliebend. Man liebt es, daran zu erinnern, daß Montenegro bereits eine gewisse Selbstständigkeit besaß, als Serbien noch unter türkischem Joch stand, daß auf montenegrinischem Boden die erste südslawische Druckerei bestanden hat. Auch hier stehen regionale Interessen gegen großserbische Wünsche. Schon zur Zeit des erneuten Entstehens der großserbischen Bewegung, bei Feststellung des slovenisi Zug, des geheimen revolutionären Statuts von 1907, erklärten die Belgrader „Kaponji“, die Hauptmänner der großserbischen Propaganda, daß Montenegro Groß-Serbien einzuverleiben sei, und das mißglückte Bombenattentat der „Klubadžićs“ gegen das Palais des Fürsten im November 1907 stand mit diesen Antrieben in Zusammenhang. Freilich muß zugegeben werden, daß die Regierung Nikolaus, selbst wenn man den patriarchalischen und den stark türkisch-orientalisch gefärbten Praktiken und Verhältnissen des Landes Rechnung trägt, mannigfachen Anlaß zur Unzufriedenheit bietet. Die Tatsache, daß die Anbaufläche des Landes von 240 000 Joch im Jahre 1880 auf 170 000 im Jahre 1910 zurückgegangen war, spricht Bände und der Vorwurf, daß Nikolaus in einem selbst im Orient als unerlaubt angesehenen Maße in die eigene Tasche wirtschaftete, ist kaum unberechtigt. Auch beschuldigt man ihn in Belgrad den Krieg nicht energisch genug geführt zu haben und sein Sonderfriedensangebot an Österreich 1917, durch welches er wenigstens sein Land vor dem seelischen Zusammenbruch retten wollte, ist ihm nicht vergessen. Hinzu kommt, daß während des Krieges viele Auswanderer namentlich aus Amerika ins Land zurückgekehrt sind und freiere Anschauungen mitgebracht haben, und endlich bestehen ähnlich wie in Dalmatien ausgesprochene Befürchtungen vor italienischer Herrschaft, wozu namentlich die voreilige Besetzung von Dulcigno und Antivari und die Ausschiffung von 2000 italienischen Soldaten bei Cattaro beigetragen hat. Auch hier glaubten die Serben energisch vorgehen zu können und zu müssen. Bereits im Dezember brachten

sie in Podgoriza eine Skuptschina zustande, die Nikolaus absetzte. Nikolaus, der bis dahin halb und halb als Gefangener, in Neuilly gefesselt hatte, protestierte und wies darauf hin, daß von den fünf Mitgliedern des montenegrinischen Direktoriums drei schon 1907 wegen Teilnahme an dem Komplott von 1907 verurteilt worden wären. Aber die Serben ließen nicht locker, und am 20. April proklamierte eine montenegrinische Nationalversammlung die Vereinigung Montenegros mit Serbien und bestätigte die Absetzung des Königs. Aber die Anhänger Nikolaus waren nicht minder rührig. Bereits Anfang März überreichte der frühere Justizminister Dr. Ghotjch der Friedenskonferenz montenegrinische Sonderforderungen, im Juni aber brachte ein neuer Protest ein langes Beschwerdepogramm gegen die serbische Unterdrückung zutage. Vierzehn Beschwerdepunkte wurden aufgezählt und ausführlich begründet: Massakrierung von Zivilisten, Quälereien und Schikanen gegen Einwohner, Aushungerung, Gewalttaten und Raub, Internierung von Zivilpersonen unter barbarischen Bedingungen, Anmaßung der Regierungsgewalt, Zwangsaushebungen, Plünderungen, Konfiskation, ungesetzliche Requisitionen, künstliche Entwertung des lokalen Geldes, Verwüstung und Eigentumsbeschädigung, Zerstörung von historischen Denkmälern, ungesetzlichem Gebrauch der weißen Flagge. Wer den Balkan kennt, kann sich leicht vorstellen, wie es im Lande aussieht und wird zugeben, daß diese Beschwerden, wenn auch vielleicht einseitig dargestellt, jedenfalls nicht der Begründung ermangeln. Infolgedessen ist es denn auch beständig zu Unruhen, Schießereien und Aufständen gekommen, bereits im Januar gab es bei Cetinje zwischen „Weißen“ und „Grünen“ (nach der Farbe der Stimmzettel, für oder gegen Groß-Serbien) eine regelrechte Schlacht, die nur durch die Dazwischenkunft einer französischen Abteilung unter General Vessel geschlichtet werden konnte. Wenn aber schon in Mitteleuropa über Räuberunwesen und öffentliche Unsicherheit geklagt wird, kann man sich vorstellen, wie es auf dem Balkan aussieht. Noch kürzlich soll es Aufständischen gelungen sein, die Eisenbahn Bir Bazar—Antivari zu unterbrechen und eine interalliierte Kommission hat sofortiges Eingreifen anglo-amerikanischer Truppen für unerlässlich erklärt. Auch die 500 Mann, die sich angeblich unter Führung des Prinzen Peter, der nebenbei bemerkt in Heidelberg studiert hat, und ebenso angeblich (aus durchsichtigen Gründen) von Italien ausgerüstet, am 1. September in Gaëta nach Montenegro eingeschifft haben, werden kaum zur Beruhigung des Landes beigetragen haben. Ausichtslos ist der Kampf der Montenegriner nicht, die Engländer, die den südslawischen Staat anerkannten, haben ausdrücklich erklärt, daß Montenegro nicht einbegriffen sei, Amerika und Italien sollen sich diesem Vorgang angeschlossen haben, augenscheinlich hält man es, namentlich im Hinblick auf den wegen des Banats entstandenen Gegensatz Serbiens zu Rumänien nicht für möglich, einen auf dem Balkan absolut ausschlaggebenden Staat zu schaffen, und möchte daher lieber jeden Anlaß zu neuen Unruhen oder Intrigen, die Albaniens wegen besonders von Italien angesponnen werden würden, von vornherein aus der Welt schaffen.

Trägt man all diesen Schwierigkeiten Rechnung, so wird es verständlich, daß Protitsch vor etwa einem Monat zurückgetreten ist. Angeblich geschah dies wegen Differenzen mit dem Kollegen Pribitschewitsch, namentlich in der Frage der Besetzung des Bischofsitzes und des dabei zu wählenden Modus, doch wird ihm vorgeworfen, daß er lediglich aus persönlichen und Parteirücksichten eine Krise herbeiführen wollen, weil er gedacht habe, in einem Moment der größten inner- und außerpolitischen Schwierigkeiten, seine Unentbehrlichkeit zu dokumentieren und zu festigen. Tatsächlich ist seinem Rücktritt

eine Gesamtumbildung des Kabinetts gefolgt. Die radikale Partei, die eigentliche Trägerin des großserbischen Gedankens ist Oppositionspartei geworden, während das Kabinett sich auf eine fortschrittliche Koalition unter Mitarbeit der Sozialisten stützt. Danach würde eine Revision in föderalistischem Sinne, der, wenn man der „Perseveranza“ Glauben schenken darf, auch der Prinzregent Alexander keineswegs ablehnend gegenüber stehen soll, zu erwarten sein. Dagegen spricht aber, daß die offizielle Vertretung Südslawiens sich auch weiterhin weigert, den Friedensvertrag von St. Germain mit Österreich zu unterzeichnen mit der Begründung, der von ihm verlangte Schutz der Minderheiten, auch auf altserbischem Gebiet stelle einer ungerechtfertigten Schmälerung seiner Hoheitsrechte dar. Immerhin soll man für die neu angegliederten Gebiete bereit sein, den Wünschen der Friedenskonferenz Rechnung zu tragen. Und es ist anzunehmen, daß man das schließlich tun wird. Der Schwierigkeiten auch nach außen hin sind zu viele, als daß man es auch noch mit der Friedenskonferenz verderben wollte. Gegen Italien und Bulgarien ist man allerdings Frankreichs Beistand sicher, aber Frankreich ist, wie der Krieg bewiesen hat, wenn es darauf ankommt, weit und ob es z. B. die Serben auch gegen Rumänien unterstützen würde, erscheint zweifelhaft. Mehr Vorteil scheint, besonders nach dem Ausscheiden Rußlands, eine Politik der inneren Festigung zu versprechen und die letzten Veränderungen im Kabinett deuten darauf hin, daß es in der Tat diese Politik ist, die man einzuschlagen gedenkt. Der Erfolg aber hängt von unendlich viel Faktoren ab, die klar zu bewerten erst nach einer endgültigen Festsetzung des Friedens mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei möglich sein wird.

Menenius



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Rechner in Berlin-Galensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.  
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung Amt Köpov 8510.  
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.  
Druck: „Der Reichshof“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Postfach 111111

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

## Grenzboten

den Bezug zum IV. Vierteljahr 1919

erneuern zu wollen. — Bestellungen

nimmt jede Buchhandlung und jede

Postanstalt entgegen. Preis 12.— M.

Verlag der  
Grenzboten

G. m. b. H.

Berlin SW 11